

Arabische Staaten fordern Hamas zur Abrüstung und Machtaufgabe auf

Arabische Staaten fordern Hamas erstmals auf, sich zu entwaffnen und die Macht im Gazastreifen abzugeben. Ein historischer Schritt zur Beendigung des Konflikts und zur Unterstützung eines unabhängigen Palästinenserstaates.



Arabische und muslimische Staaten, darunter Katar, Saudi-Arabien und Ägypten, haben erstmals einen gemeinsamen Aufruf an **Hamas** gerichtet, die Waffen niederzulegen und die Kontrolle über den Gazastreifen abzutreten, um die Bemühungen zur Beendigung des Krieges in der Region zu unterstützen.

Gemeinsame Erklärung der Arabischen Liga

Die 22 Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga, die gesamte

Europäische Union sowie 17 weitere Länder unterstützten eine Erklärung, die während einer von Saudi-Arabien und Frankreich mitausgerichteten Konferenz der Vereinten Nationen am Dienstag unterzeichnet wurde.

Ziel der Konferenz

Das Treffen in New York hatte zum Ziel, „die friedliche Lösung der Frage Palästinas und die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung“ zu erörtern. Die Erklärung beschreibt die Schritte, die die Unterzeichner als notwendig erachten.

Forderungen an Hamas

„Die Verwaltung, die Rechtshandhabung und die Sicherheit auf dem gesamten palästinensischen Gebiet müssen ausschließlich bei der Palästinensischen Autonomiebehörde liegen, mit angemessener internationaler Unterstützung“, heißt es in dem gemeinsamen Dokument. Es wird betont, dass „Hamas seine Herrschaft im Gazastreifen beenden und seine Waffen an die Palästinensische Autonomiebehörde abgeben muss, in Übereinstimmung mit dem Ziel eines souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates.“

Verurteilung des Angriffs vom 7. Oktober

Der Text verurteilt auch den tödlichen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und schlägt die Entsendung einer „temporären internationalen Stabilisierungstruppe“ vor, die auf Einladung der PA und „unter der Ägide der Vereinten Nationen“ agieren soll.

Internationale Unterstützung

„Wir haben die Bereitschaft einiger Mitgliedstaaten begrüßt, Truppen bereitzustellen“, so die Erklärung.

Frankreichs Rolle in der Konferenz

Frankreich, das die Konferenz mit geleitet hat, bezeichnete die Erklärung als „beispiellos“. Der französische Außenminister Jean-Noël Barrot erklärte am Dienstag bei den UN, dass „Saudi-Arabien und die arabischen und muslimischen Länder erstmals Terrorismus verurteilen“. Er verwies auf die Hoffnung auf eine normalisierte Beziehung zu Israel.

Verhandlungen über einen Waffenstillstand

Die beiden Vermittler in den Verhandlungen über einen Waffenstillstand, Katar und Ägypten, haben während des Krieges ihre Beziehungen sowohl zu Hamas als auch zu Israel aufrechterhalten.

Plan für den Gazastreifen

Ein im März von Ägypten ausgearbeiteter Plan für den Gazastreifen schloss Hamas von der Regierungsführung des Enklaves nach dem Ende des Krieges aus. Diese Entwurfsfassung wurde CNN zugespielt. Der Plan wurde von arabischen Führern in Kairo während eines Notgipfels erörtert. Der ägyptische Präsident schlug vor, einen palästinensischen Ausschuss einzurichten, der vorübergehend den Gazastreifen regieren und schließlich die Macht an die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) übergeben soll.

Saudi-Arabiens Bestrebungen

Saudi-Arabien hat sich wiederholt für eine Wiederbelebung der Zwei-Staaten-Lösung eingesetzt. Frankreich hat angekündigt, im September für die Anerkennung eines palästinensischen Staates zu stimmen, was in Israel auf großes Missfallen stößt. Das Vereinigte Königreich hat ebenfalls erklärt, im September einen palästinensischen Staat anerkennen zu wollen, sofern Israel einer Waffenruhe im Gazastreifen zustimmt. Sowohl Israel als

auch die Vereinigten Staaten haben die Äußerungen Frankreichs und Großbritanniens verurteilt.

Hamas' Standpunkt

Hamas zeigt jedoch keine Anzeichen, die Kontrolle über den Enklave aufzugeben, obwohl Offizielle innerhalb der militanten Gruppe in der Vergangenheit widersprüchliche Aussagen über die Rolle der Bewegung in einem postkriegs-Gaza gemacht haben.

Israels Reaktion

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu lehnt die Zwei-Staaten-Lösung vehement ab und argumentiert, dass diese mit der Sicherheit seines Landes nicht vereinbar sei.

Bericht von CNN: Becky Anderson.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)